

Gemeinsam gegen die Repression

**Eine Zusammenfassung der
Ereignisse im Mai 2022
und die politische Antwort
des Revolutionären
Solidaritätsbündnis**



Alle, die schon einmal an einer Demonstration teilgenommen und sich mit ihren politischen Forderungen direkt oder indirekt gegen den deutschen Staat gerichtet haben, kennen das Problem: Polizei und Behörden reagieren mit Einschüchterung, Willkür, Verboten und offener Gewalt.

Momentan geht der Staat besonders gezielt gegen die politische Widerstandsbewegung vor. Denn die BRD steckt in einer tiefen Krise: der Ukraine-Krieg und das Ringen verschiedener imperialistischer Mächte verstärken derzeit die sich ohnehin seit Jahren immer mehr zuspitzenden wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Widersprüche. Einerseits muss der deutsche Staat rechtfertigen, weshalb er für die Wahrung der imperialistischen Interessen deutscher Kapitalist*innen 100 Milliarden für Aufrüstung und Militär hergibt. Andererseits wird für immer mehr Menschen im gleichen Zuge klar, dass der Staat nicht ihre Interessen vertritt, egal ob es um Bildung, Energiekosten oder den Umweltschutz geht. Gerade weil sich dieser grundlegende Widerspruch mehr und mehr abzeichnet und die so entstehende Unzufriedenheit das Potential für offenen Protest gegen Regierung und Staat schürt, ist die BRD in Alarmbereitschaft versetzt: Auf keinen Fall darf es jetzt in der Logik des Staates zu einer großen systemkritischen Bewegung kommen - schon gar nicht in der Hauptstadt.

In Berlin konnten wir die Folgen dieser deutschen Alarmbereitschaft im Mai 2022 zu mehreren Gelegenheiten erleben. Rund um die revolutionäre 1. Mai Demo, den Tag der Befreiung am 8. Mai, die Demonstration in Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf am 14. Mai und den palästinensischen Nakbatag am 15. Mai zeigte sich das unterdrückerische Gesicht des Staates in vielerlei Gestalt. Zum Teil konnten wir beobachten, dass der Staat nicht davor zurückschreckt, mit neuen Mitteln gegen immer größere Teile unserer Bewegungen vorzugehen. Um uns in Zukunft besser für unseren politischen Kampf in diesem Staat wappnen zu können, blicken wir mit dieser Zusammenfassung auf den Mai 2022 und die verschiedenen Formen der Repression zurück.



Kriminalisierung und Befriedung der Revolutionären 1. Mai-Demo

Nachdem die revolutionäre 1. Mai-Demonstration zum internationalen Kampftag der Arbeiter*innenklasse in Berlin aus verschiedenen Gründen an politischer Bedeutung verloren und im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie gar nicht stattgefunden hatte, schlossen sich im Jahr 2021 eine Reihe internationalistischer und migrantischer Gruppen erstmals dem Organisationsbündnis an.

Es nahmen daraufhin im Mai 2021 ca. 25.000 Menschen an der teils nach Neukölln verlegten Demo teil. Der Polizei war diese neue Einheit von klassenkämpferischen und migrantischen Gruppen ein Dorn im Auge und sie unternahm gezielte Spaltungsversuche. So wurde der autonome Block, der sich am Ende des Demonstrationenzuges befand, relativ kurz nach Beginn der Demo gewaltsam durch die Polizei abgespalten und am Weitergehen gehindert. Gleichzeitig wurden dem migrantischen Frontblock Lügen über das Geschehen seitens der Polizei aufgetischt und kommuniziert, sie seien die "guten" Demonstrant*innen, die weiterlaufen sollen. Die Polizei erklärte, sie habe lediglich die "bösen", gewaltbereiten Autonomen vom Demonstrationzug entfernt. Nachdem die Demonstrationsspitze sich weigerte, diesem Spaltungsversuch nachzugeben, wurde die Demo Stück für Stück zerschlagen und es kam zu heftigen Szenen von Polizeigewalt, unter anderem auf der Sonnenallee. Diese sollten klar der Einschüchterung dienen und eine Distanzierung der Bevölkerung Neuköllns vom Demozug forcieren.

Doch die Demo war trotz der frühzeitigen Auflösung als voller Erfolg zu werten: sie zeugte von einer selten da gewesenen Einheit zwischen autonomen, kommunistischen, migrantischen und internationalistischen Gruppen sowie Menschen aus der Nachbarschaft und setzte am internationalen Kampftag der Arbeiter*innenklasse ein klares Zeichen auf der Straße. Nicht nur war der Versuch der Polizei das Demobündnis durch gewaltsame Eskalation zu spalten, offensichtlich gescheitert. Auch war es im Gegensatz zu den Jahren vorher nicht gelungen, das Bündnis im Nachgang der Demo, in deren Frontblock zahlreiche palästinensische Flaggen gezeigt worden waren, anhand von haltlosen Antisemitismusvorwürfen zu spalten.

Alt bewährtes Mittel: Straßenfeste als Mittel gegen revolutionäre Demonstration

Es ist nicht unwichtig, diese Hintergründe zu kennen. Denn die gescheiterten Spaltungsversuche aus dem Jahr 2021 führten 2022 zu einer taktischen Umorientierung seitens der Behörden. Um vermeintliche Ausschreitungen zu verhindern, meldete das Bezirksamt Neukölln unter Bürgermeister Martin Hikel (SPD) für den 1. Mai 2022 mehrere Straßenfeste sowie ein öffentliches Fastenbrechen auf der Sonnenallee an. Diese Sabotagestrategie ist bereits aus Kreuzberg bekannt, wo das MyFest erfunden wurde, um den Stadtteil am ersten Mai in eine Feiermeile zu verwandeln. Das öffentliche Fastenbrechen auf der Sonnenallee zwang die Veranstalter*innen

der Demo, die Route in umliegende kleine Seitenstraßen zu verlegen. Gleichzeitig sollte es den Anschein erwecken, dem Bezirk läge etwas an der Bevölkerung. Die "gewaltbereiten", "antisemitischen" Demonstrant*innen wurden stattdessen dargestellt, als ob sie den Interessen der Bevölkerung Neuköllns unvereinbar gegenüberstünden. Wie viel den Bezirk seine muslimische Bevölkerung tatsächlich interessiert, zeigte aber allein schon die Tatsache, dass das Fastenbrechen 1,5 Stunden vor Sonnenuntergang angesetzt war. Martin Hikel, bekannt für seine rassistische Kampagne gegen migrantisches Kleingewerbe unter dem Deckmantel der "Clankriminalität", arbeitete für die Veranstaltung mit dem rechten CDU-Funktionär Nader Khalil vom Deutsch-Arabischen Zentrum zusammen. Dieser ist ebenfalls Leiter des evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks (EJF). Das EJF betreibt mehrere Geflüchtetenlager in Berlin, dessen Bewohner*innen zum Fastenbrechen auf die Sonnenallee transportiert wurden. Diese Handlung ist als Angriff auf die Versammlungsfreiheit zu werten, da die Neuköllner SPD aktiv versuchte, so die revolutionäre 1. Mai-Demo zu verhindern. Gleichzeitig verschleiert sie die Tatsache, dass es eben jene SPD ist, die den Bezirk seit Jahren an Investoren ausverkauft. Die migrantische Bevölkerung Neuköllns, die hier so grotesk instrumentalisiert wurde, sind die selben Menschen die durch die Politik der SPD aus dem Bezirk vertrieben werden.

Bürgerliche Antisemitismusvorwürfe bereiten Polizeigewalt den ideologischen Boden

Wie jedes Jahr wurde gleichzeitig in einer Hetzkampagne der bürgerlichen Presse in Zusammenarbeit mit Polizei und Verfassungsschutz versucht, die revolutionäre 1. Mai-Demo und seine (angeblich) gewaltbereiten Teilnehmer*innen im Vorfeld zu diskreditieren, Demonstrationsteilnehmer*innen einzuschüchtern und mögliches Eingreifen zu rechtfertigen. Das Mobilisierungspotential der revolutionären 1. Mai-Demo war in den letzten beiden Jahren jedoch deutlich angestiegen.

Deswegen setzte die Demobilisierungskampagne dieses Jahr vor allem an der anhaltenden Repression gegen die palästinasolidarische Bewegung an. Um die Ende April 2022 ohnehin auf Hochtouren laufende Repression gegen palästinensische und palästinasolidarische Veranstaltungen auf die revolutionäre 1. Mai-Demonstration auszuweiten, wurde die Gruppe Migrantifa Berlin seitens der Polizei und der

bürgerlichen Presse als Hauptorganisatorin der Demo identifiziert. Haltlose Antisemitismusvorwürfe nahmen ihren Lauf, wie es bereits zuvor aufgrund der offenen Palästinasolidarität von Migrantifa zu verschiedenen Anlässen passiert war. Zusätzlich wurde im Auflagenbescheid der Polizei fälschlicherweise behauptet, die Gruppe Palästina Spricht sei Teil von Migrantifa Berlin. Die Gruppe Palästina Spricht war zu dem Zeitpunkt selbst in hohem Maße bürgerlicher Verleumdung und Antisemitismusvorwürfen aufgrund einer Demo wenige Wochen zuvor ausgesetzt. Der Anmelder der revolutionären 1. Mai-Demo wurde in den Tagen vor der Demo vom Einsatzleiter der Polizei angerufen und gewarnt, dass die Bereitschaft bei "antisemitischen Vorfällen" in die Demo einzugreifen hoch sei. Wir wissen, dass in der deutschen bürgerlichen Logik "Antisemitismus" vor allem die Forderung nach Freiheit für das palästinensische Volk meint. Es ist deshalb mehr als deutlich erkennbar, dass die Ankündigung der Polizei das Ziel hatte, die Repressionen gegen palästinensische und palästinasolidarische Gruppen auf die gesamte revolutionäre 1. Mai-Demo auszuweiten und so ein gewalttätiges Vorgehen der Behörden ideologisch abzusichern.

Befriedung als taktisches Mittel der Repression

Das Demobündnis und die Teilnehmer*innen ließen sich davon nicht einschüchtern. Der Ausdruck der Demo war durch und durch palästinasolidarisch und kämpferisch. Auch wenn die Rechtfertigungen für ein mögliches Eingreifen sorgfältig vorbereitet wurde, bevorzugte die Polizei stattdessen Befriedung als taktisches Mittel. So ließ man die Demo bis zum geplanten Ziel am Oranienplatz laufen. Dieses taktische Mittel wurde seitens der Polizei bewusst eingesetzt um den diesjährigen Einsatz medial als Erfolg aufzubereiten und die Demo als angeblich "friedlichste Demo seit Jahren" darzustellen. Damit wurden sowohl die polizeilichen Angriffe selbst als auch der starke klassenkämpferische Ausdruck der Großdemonstration verleugnet.

Insgesamt zeigen die Ereignisse der letzten beiden Jahre anlässlich des 1. Mais deutlich, wie durch das Zusammenspiel verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Akteure und mittels Repression einerseits und Integration andererseits versucht wird, die Entstehung einer revolutionären anti-imperialistischen Bewegung mit Klassencharakter und mit Verankerung in der Bevölkerung zu verhindern.

Ideologische Kriegsführung am Tag der Befreiung und am Tag des Sieges

Ein weiterer Schlag gegen die revolutionäre Bewegung war das Vorgehen der Berliner Behörden am Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 8. Mai und am Tag des Sieges am 9. Mai.

Ging es am 1. und später am 15. Mai darum, keine Kämpfe gegen die Polizei zuzulassen und einen starken Ausdruck auf der Straße zu verhindern, war der Angriff an diesen Tagen ein rein ideologischer. Kommunistische Symbole wie die Flagge der sozialistischen Sowjetunion

mit Hammer und Sichel wurden mittels einer Allgemeinverfügung der Berliner Polizei an den Gedenkstätten für das Heldentum der Rotarmist*innen, also unter anderem im Treptower Park, im Tiergarten und in der Schönholzer Heide generell unter Verbot gestellt. Auch bei Versammlungen an anderen Orten in der Stadt wurde das Verbot in die Auflagen der Polizei mit aufgenommen. Die konkrete Umsetzung war dabei „kreativ“. So wurde an der Gedenkstätte in Berlin-Schönholz das Tragen und Zeigen roter Fahnen generell untersagt. Bei der Kundgebung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) am Tag des Sieges am Ehrenmal im Treptower Park wurden rote Fahnen linker Organisationen in das Verbot miteingeschlossen.

Bei der Rechtfertigung dieses Angriffs auf revolutionäre Symbole wurde der Krieg um die Ukraine als Rechtfertigung herangezogen. Man versuchte die Sowjetunion und Kommunist*innen in eine Reihe mit der russischen imperialistischen Aggression zu stellen und sie damit bloß zu stellen und zu verunglimpfen.

Gleichzeitig ist diese Umschreibung der Geschichte auch eine Rehabilitierung des deutschen Faschismus, der unter eben der roten Fahne mit Hammer und Sichel niedergedrungen wurde, die nun - wohlgedemütigt zum Tag der Erinnerung an den Sieg der Roten Armee über die Faschist*innen - verboten wurde.



Kriminalisierung der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungs- kampf

Für den 14. Mai hatten kurdische Gruppen deutschlandweit aufgerufen, sich zu einer Demonstration in Solidarität mit der Revolution in Rojava und gegen den imperialistischen, auch von Deutschland unterstützten, Krieg des NATO-Mitglieds Türkei in Berlin zu versammeln. Die Demo hatte einen kämpferischen Charakter. Wie bei Veranstaltungen zum kurdischen Befreiungskampf üblich, waren zahlreiche revolutionäre und antiimperialistischen Gruppen dem Aufruf gefolgt.

Die Polizei hatte sich bereits mit einem großen Aufgebot am Potsdamer Platz, dem Startpunkt der Demo, aufgestellt und damit sowohl Demonstrierenden als auch Passant*innen deutlich ihre Macht präsentiert.

Im Verlauf der Demonstration hatte die Polizei den Aufzug immer enger begleitet und teilweise bedrängt. Diese bekannte Taktik hatte wie so häufig zum Ziel, die Beteiligten einzuschüchtern, die Situation zu eskalieren und damit die ganze Veranstaltung in ein schlechtes Bild für Außenstehende zu rücken. Polizeikräfte mahnten außerdem an, keine Parolen zu "PKK und Öcalan" zu rufen. Als sich die Demoteilnehmenden dem widersetzten, bereitete die Polizei ihren Angriff vor, fing an die Teilnehmenden zu filmen, bis sie schließlich in die sich mittlerweile in Reihen aufgestellte Demo eindrangen. Viele Videos dokumentieren das brutale Vorgehen der Polizei. Das Vorgehen der Polizei stellt in dieser Form in der langen Reihe der Repression gegen den kurdischen Befreiungskampf in Deutschland keine Neuheit dar.

Besonders zu nennen sind hier die zahlreichen Verfahren gegen die kurdische Bewegung auf Grundlage des sogenannten Anti-Terror-



Gesetzes, so zum Beispiel das Verbot der PKK und damit in Verbindung stehende ständige Überwachung und Kriminalisierung kurdischer Gemeinden in Deutschland. Das Verbot vom Rufen einiger Parolen und vom Zeigen bestimmter Symbole auf kurdischen Demos geht ebenfalls auf diese Verfahren zurück. Auch türkische revolutionäre Kräfte wie die TKP/ML wurden bereits durch sogenannte Anti-Terror-Verfahren kriminalisiert und angegriffen.

Ein Beispiel dieser Repression des deutschen Staates gegen Revolutionär:innen aus der Türkei ist die Festnahme am 16. Mai von drei Antifaschist*innen aufgrund einer vermeintlichen Mitgliedschaft in der DHKP-C. Das reichte aus, all ihre legalen Aktivitäten als "terroristisch" zu bezeichnen und auf Grundlage des Paragraphen 129b zu kriminalisieren. Einer der drei Inhaftierten ist Ihsan Cibelik, ein Mitglied der Band Grup Yorum, deren Lieder in der BRD zum Teil auf dem Index stehen. Eine andere ist die Revolutionärin Özgül Emre, die in der JVA Rohrbach gezwungen wurde, eine Gefängnisuniform zu tragen. Ihre Reaktion auf diesen eklatanten Angriff war ein 44-Tage langer Hungerstreik mit dem sie einen Sieg gegen das System der Isolationshaft in der BRD errang.

Über die unmittelbare Unterstützung des NATO-Partners Türkei in seiner Kolonisierung Kurdistans verfolgt die BRD damit auch eigene Interessen. Obwohl die antiimperialistische Revolution in Rojava in den letzten Jahren in bürgerlichen Kreisen etwas in den Hintergrund geraten ist, existiert nach wie vor eine starke revolutionäre pro-kurdische Bewegung in Deutschland. Sowohl kurdische als auch andere revolutionäre Gruppen sind weiterhin in der Lage, Tausende Menschen zum Kampf für die kurdische Selbstbestimmung auf die Straßen zu mobilisieren. Die BRD verfolgt mit den Repressionen gegen diese Bewegung das grundsätzliche Ziel, die Ordnung im Inland zu wahren und jegliche größere Vereinigung revolutionärer Kräfte bereits im Keim zu ersticken.



POLIZEI

BE
21339

J.GU

„Trotz der Repression,

trotz der Demonstrationsverbote

im Vorfeld, trotz der Zensur

und trotz des Rassismus der

deutschen Behörden, allen voran

der deutschen Polizei:

Unsere Rufe verstummen nicht

[...]

Wir lassen uns den

Widerstand nicht nehmen!“

Aus dem Statement des Revolutionären Solidaritätsbündnis
nach der Demonstration am Nakbatag 2022

Demoverbote rund um den Nakba-Tag

Bereits im vergangenen Jahr gab es in Berlin anlässlich des Nakbatages in Erinnerung an und in Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf zwei große Demonstrationen, zu denen mehr als 10.000 Leute – vor allem Migrant*innen und Flüchtlinge – mobilisiert werden konnten. Die Mobilisierung in Deutschland stand im Zusammenhang mit dem Aufstand der Palästinenser*innen in Palästina und benachbarten Ländern im Mai 2021.

Zum Nakbatag 2021 hatte der deutsche Staat eingegriffen, indem eine Spaltungstaktik angewandt wurde: Es wurde massive Gewalt gegen eine der beiden Großdemonstrationen angewandt. Eine hohe Anzahl an Einsatzkräften wollte versuchen, diese Demo mit der vorgeschobenen Begründung des Infektionsschutzes aufzulösen. Als die Demonstrierenden diese repressive Entscheidung abgelehnt hatten, antwortete die Polizei mit massiver physischer Gewalt. Dieser brutale physische Angriff richtete sich vor allem gegen Demonstrierende auf der Sonnenallee und sollte besonders jene treffen – und somit zur Kriminalisierung jener führen – die bereits in prekärsten Verhältnissen in Deutschland leben und deren materielle Grundlagen durch Polizei und Staat massiv bedroht werden können. Diese Angriffe der Polizei gegen die Demonstrierenden gingen unmittelbar einher mit einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, wonach (nach einer Gesetzesänderung nur wenige Monate nach den Angriffen) Einbürgerungen bereits bei leichteren „antisemitisch“ motivierten Straftaten ausgesetzt werden können. Während dementsprechend Teilnehmer*innen einer der beiden Demonstrationen am Nakbatag 2021 auch weit über die unmittelbaren Angriffe am Tag der Demo hinaus mit Kriminalisierung und Einschränkung zu rechnen haben, wurde die andere Großdemonstration mit auffälliger Nachsicht behandelt: mit den Teilnehmer*innen dieser „guten“ Demo wurde kooperiert, um so auch auf eine Spaltung der großen pro-palästinensischen Bewegung in Berlin hinzuwirken.

Vom pauschalen Antisemitismusvorwurf zum pauschalen Demoverbot

Auch in der Zeit zwischen dem letzten und dem diesjährigen Nakbatag fanden in der Folge zahlreiche pro-palästinensische Demonstrationen in Berlin statt, so zum Beispiel am 17. April 2022, am Tag der palästinensischen Gefangenen. Vor allem Migrant*innen und Flüchtlinge wurden mobilisiert und mehr als 5000 Menschen nahmen an der Demo teil, die den palästinensischen Widerstand in all seinen Formen unterstützte. Parolen und Forderungen nach einem freien Palästina vom „Fluss bis zum Meer“, nach Rückkehr und Befreiung waren auf Arabisch und Deutsch zu hören.

Im Laufe der Woche nach dem 17. April wurden daraufhin weitere stattfindende Demos durch die bürgerlichen Medien für eine Hetzkampagne benutzt, um Palästina-Demos im Allgemeinen zu kriminalisieren. Hierbei ist bemerkenswert, dass auch die organisierenden Gruppen, die im Jahr zuvor noch unter die Kategorie „gute“ Demo fielen, nun massiver Hetze ausgesetzt waren. Offenbar in Reaktion auf die bürgerliche Hetze aber auch in Erwartung ähnlich großer Demonstrationen wie im Jahr zuvor wurde anschließend ein pauschales Verbot von Palästina-Demos vom 28. April bis einschließlich 1. Mai erteilt. Die Erteilung des Verbots kann nicht ohne den Zusammenhang zu den gleichzeitig in Palästina stattfindenden Aufständen anlässlich der massiven zionistischen Angriffe auf Palästinenser*innen und heilige Stätten im Monat Ramadan betrachtet werden. Weil sich das Verbot vor allem aber auch gegen die Al-Quds-Tag-Demo richtete, an der sich revolutionäre Gruppen kaum beteiligen, gab es keinen organisierten Widerstand unter Beteiligung anti-imperialistischer Gruppen gegen das Demo-Verbot Ende April.

Im Vorfeld des Nakbatages am 15. Mai 2022, unter anderem auch rund um den 01. Mai, lief also bereits eine breite bürgerliche Verleumdungskampagne. Zahlreiche deutsche Zeitungen und Nachrichtenportale berichteten über die große Gefahr, die von den pauschal als antisemitisch gebrandmarkten Palästina-Demos und ihren nicht kontrollierbaren Teilnehmenden ausgehe. Jegliche Unterstützung für den palästinensischen Befreiungskampf wurde dabei instrumentalisiert, um eine Unvereinbarkeit von deutschen Grundwerten und dem Einsatz für die Freiheit der Palästinenser*innen zu postulieren. Diese vielfach vorgetragenen Verleumdungen hatten so auch zur Folge, nicht nur die anstehende Demonstrationen am 15. Mai als politische

Veranstaltung, sondern vor allem die einzelnen Teilnehmenden selbst zu kriminalisieren. Ein hartes Eingreifen gegen die Demonstrierenden war so ideologisch vorbereitet worden.

Gleichzeitig beeinflussten weiterhin die Aufstände in Palästina die Entscheidungsfindung des deutschen Staates. Der Mord und der darauffolgende Angriff auf die Beerdigung der palästinensischen Journalistin Shereen Abu Akleh, die durch die zionistische Besatzungsarmee am 11. Mai bei einem Arbeitseinsatz durch einen Kopfschuss brutal getötet wurde, hatten das Potential, ähnlich wie die Aufstände in Palästina im Jahr zuvor, wieder zu einem hohen Mobilisierungsgrad zur Nakbademo zu führen.

Rassistische Begründungen der Demoverbote

Die Behörden wollten daraufhin mit allen Mitteln verhindern, dass in Berlin, also dem Ort der größten palästinensischen Gemeinde in Europa, wieder Tausende am Nakbatag auf die Straßen strömen. Deshalb wurden zahlreiche Demonstrationen verschiedener Gruppen, die für den Tag der Nakba geplant waren, verboten. Als fadenscheinigen Grund für die Verbote unterstellten die Behörden ganz im Duktus der gängigen Verleumdungen den gesamten Demonstrationenzügen, gar der gesamten Palästina-Bewegung pauschal „Antisemitismus“. Besonders Ansammlungen von arabisch aussehenden und migrantischen Menschen sollten vermieden werden. Dafür wurden auch rassistische Stereotype benutzt: Palästinensische Gruppen und Organisationen seien in der Lage, „hoch emotionalisierte und gewaltbereite palästinensische Männer und junge Menschen“ zu mobilisieren, so ein Argument aus der Begründung eines der Demoverbote. Gleichzeitig führte die Polizei weiterhin einen ideologischen Abwehrkampf und begründete die Verbote auch mit der Befürchtung, dass die als antisemitisch bezeichneten Forderungen nach der Befreiung von Palästina „vom Fluss bis zum Meer“ auf den Demos hörbar werden würden.

Deutscher Imperialismus und Zionismus Hand in Hand

Besonders deutlich wird in diesem Zusammenhang, wie der deutsche imperialistische Staat den Vorwurf des „Antisemitismus“ gegen Palästinenser*innen, Migrant*innen und Flüchtlinge generell instrumentalisiert, um der Staatsräson – der uneingeschränkten Solidarität mit Israel – nachzukommen. Diese Staatsräson, so

moralistisch sie auch aufgeladen wird, hat dabei vor allem das Ziel, deutsche imperialistische Interessen zu begründen und zu verdecken. Durch die Kriminalisierung jeglicher politischer Handlungen von Palästinenser*innen, Migrant*innen oder Flüchtlingen wurde die Demobilisierung in Deutschland auf die Spitze getrieben. Klar wurde allerdings auch, dass der Staat eine breite anti-imperialistische Bewegung, die ein freies Palästina vom Fluss bis zum Meer und das Recht auf Rückkehr für palästinensische Flüchtlinge fordert, fürchtet. Denn eine Bewegung, die sich solidarisiert mit dem palästinensischen Widerstand in all seinen Formen, rückt automatisch auch die Mittäterschaft Deutschlands und seine imperialistischen Interessen sowie die deutsche Grundordnung selbst in den Mittelpunkt. Eine solche Bewegung stellt – so wie am 1. Mai, am 14. Mai und zu zahlreichen anderen Anlässen – eine echte Gefahr für die deutsche imperialistische Ordnung dar und soll mit aller Macht klein gehalten und unsichtbar gemacht werden.





Unsere Antwort: Klassenkampf statt Repression

Wir, das Revolutionäre Solidaritätsbündnis, sind ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen aus Berlin. Wir haben uns im Mai 2022 gegründet um den staatlichen Repressionen am Nakbatag gemeinsam etwas entgegenzusetzen. Am 15. Mai selbst haben wir uns dann, trotz des von den Behörden ausgesprochenen Verbotes und angesichts des Aufmarschs von Tausenden Polizeikräften in Berlin-Neukölln, gemeinsam dieser Repression widersetzt und eine Demonstration durchgeführt. Wir haben damit sehr deutlich gemacht, dass wir alle zusammen in der Lage sind, auch krassen Maßnahmen des Staates zu widerstehen. Und zwar nicht indem wir die Demoverbote in den bürgerlichen Gerichtssälen mittels langer Diskussionen ohne revolutionäre Perspektive angreifen wollen, sondern indem wir direkt in den politischen Kampf einsteigen.

Geschlossenheit zeigen gegen die Repression

Es ist kein Zufall, dass wir uns als Bündnis gerade rund um den Nakbatag zusammen getan haben. Denn die Demoverbote in dieser bisher noch nicht gekannten Intensität richteten sich nicht einfach nur gegen die palästinensische Bewegung, sondern sind - wie jede Repression gegen revolutionäre Bewegungen - ein Angriff auf uns alle! Wir haben in unserer Zusammenfassung gezeigt, wie der deutsche Staat ganz gezielt die Solidarität mit dem revolutionären Kampf des palästinensischen Volkes nutzt, um unsere revolutionäre

Bewegungen insgesamt zu kriminalisieren. Am 15. Mai demonstrierten auch deswegen zahlreiche Gruppen miteinander, die bereits am 1. Mai, am 8. und 9. Mai und am 14. Mai von staatlicher Repression betroffen waren. Unabhängig davon, ob es uns als Gruppen im Einzelnen um die deutsche Unterstützung der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durch die Türkei, die deutsche Unterstützung der Unterdrückung der Palästinenser*innen durch den zionistischen Staat Israel, die Unterdrückung von Arbeiter*innen, Migrant*innen und Jugendlichen durch den deutschen Staat im eigenen Land oder alles zusammen geht; am 15. Mai standen wir geschlossen zusammen auf der Straße, um uns einem krassen Angriff des Staates in Form der Demoverbote zu widersetzen. Wir standen gemeinsam auf der Straße entgegen aller Versuche während der letzten Jahre, uns zu spalten und unseren Zusammenschluss zu verhindern. Das war ein wichtiger Schritt.

Wir lassen uns revolutionäre Politik nicht verbieten

Wir haben uns als Bündnis vorgenommen, nach diesem ersten Schritt noch viele weitere zu gehen. Zu tun gibt es natürlich genug. Die Polizei reagierte am 15. Mai wie von uns erwartet: Die spontane Demonstration auf der Sonnenallee und eine weitere spontane Aktion am Hermannplatz gegen die Demoverbote und in Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf wurden gewaltsam gestoppt und aufgelöst, die

Personalien ausnahmslos aller Teilnehmenden wurden festgestellt, es kam zu *racial profiling* und polizeilichen Angriffen auf Passant*innen. Zahlreiche gelbe Briefe mit Bußgeldern sind bereits per Post an Teilnehmende zugestellt worden. Als Bündnis organisieren wir deshalb Beratung und Hilfe.

Der zentrale Punkt unserer Arbeit geht jedoch über die unmittelbare Hilfe beim Umgang mit Repressionen hinaus: **Wir wollen weiter gemeinsam unsere revolutionären Kämpfe führen.**

Ja, für viele hat der Staat im Mai 2022 erneut gezeigt, welchen unterdrückerischen Charakter er hat. Gerade deshalb ist es nun aber wichtig, dass wir an dieser Stelle unseres Rückblicks nicht einfach aufhören, sondern weiterdenken. Die erlebten Repressionen vom Mai 2022 sollten wir nur als einen kleinen Teil etwas größerem Ganzen verstehen.

Wir sehen auch über den Mai 2022 hinaus, wie der Staat versucht, uns mit verschiedenen Mitteln vom revolutionären Kampf für einen politischen Umsturz abzuhalten. Dieser Staat will uns einschüchtern, er will uns davon abhalten auf die Straße zu gehen und er will uns dafür bestrafen, wenn wir es doch tun. Egal ob offene Polizeigewalt, Haft, Geldstrafen, Überwachung oder auch das Ausüben von psychischem Druck – letztendlich geht es dem Staat darum, dass wir uns nur noch auf den Umgang mit der Repression selbst fokussieren und nicht mehr mit unserer eigentlichen revolutionären Arbeit beschäftigen sollen. Dazu kommt, dass der Staat uns oft ganz gezielt als einzelne Personen angreift und uns so vor riesengroß und kaum lösbar erscheinende Aufgaben stellt. Eine hohe Geldstrafe oder gar eine Haftstrafe sind Dinge, die uns als einzelne Personen aus den organisierten Reihen unserer Bewegung herauslösen und uns vereinzeln sollen. Letztendlich geht es um nicht weniger, als unseren revolutionären Willen zu brechen.

Kein Ende der Repression in diesem System

Repression ist in diesem Zusammenhang auch ein Ausdruck der allgemeinen Verhältnisse, in denen wir leben. Ausgebeutete Arbeiter*innen, vor allem Migrant*innen und Jugendliche, erfahren eigentlich ständig Repression, besonders dann wenn sie sich zusammenschließen und zusammen handeln wollen. Der Staat erzieht uns eigentlich unser ganzes Leben lang vorsorglich zur Passivität und zum Einzelgängertum.

Warum? Wir leben in einem System, in dem der Reichtum einer kleinen Klasse von Kapitalist*innen durch die Ausbeutung vieler Arbeiter*innen geschaffen wird. Für die Kapitalist*innen zählt nur die Vergrößerung des eigenen Profits – und hörige Menschen, die nicht nachfragen und sich stumm an die ihnen auferlegten Regeln und Verbote halten, sind leicht für diesen Profit auszubeuten. Dieses Unterdrückungsverhältnis ist vom Staat abgesichert, die Profitgier der Kapitalist*innen bestimmt die politische Tagesordnung. Der ständige Druck der herrschenden Klasse auf die Unterdrückten begegnet uns deshalb überall im Leben, mal unverstellt in Form eines Polizeiknüppels, mal im Namen der Bildung in den Schulen und Unis, mal mit aufgesetztem freundlichen Gesicht als soziales Angebot oder Zugeständnis des Staats. Das Ziel ist immer das selbe: die Aufrechterhaltung des unterdrückerischen kapitalistischen Systems.

Wir müssen es uns zur Aufgabe machen, die Repressionen vom Mai 2022 als ein Anlass von vielen zu nehmen, über die Grundverfasstheit dieses Staates und dieser Gesellschaft aufzuklären. Die gesamte bürgerliche kapitalistische Ideologie ist darauf zugeschnitten, den Widerspruch zwischen den Interessen der Kapitalist*innen und den Interessen der Arbeiter*innen unserer Gesellschaft zu verstecken und von ihm abzulenken. Revolutionär sein bedeutet deswegen auch, diesen Widerspruch immer wieder zur Sprache zu bringen und ihn zum Mittelpunkt des politischen Kampfes, gerade auch gegen Repressionen, zu machen.

Wir als Revolutionäres Solidaritätsbündnis, haben am 15. Mai 2022 mit einem kleinen Schritt diesen politischen Kampf aufgenommen. Diesen Kampf verstehen wir weit über den Mai 2022 hinaus als etwas Grundsätzliches und als etwas, das wir jeden Tag tun müssen. Und nur wenn wir unsere Anstrengung darauf ausrichten, die Herrschaft einer kleinen ausbeuterischen Klasse von Kapitalist*innen über die große Mehrheit zu beenden, greifen wir an der richtigen Stelle an. Es ist uns dabei natürlich klar, dass die Herrschenden ihre Macht niemals kampflos aufgeben, sondern mit immer mehr Repressionen gegen uns vorgehen werden. Als Revolutionäres Solidaritätsbündnis wollen wir uns darauf vorbereiten, auch den noch so harten Repressionen gemeinsam zu trotzen und gemeinsam für den politischen Wandel zu kämpfen. Unsere gemeinsame Losung lautet deswegen: **Klassenkampf statt Repression.**

Kontakt zum
Revolutionären
Solidaritätsbündnis:
mail: rev_soli@proton.me
Instagram: @rev.solib



Mit solidarischer Unterstützung von:



Bilder:

Seite 2: ig@jaclose_
Seite 3: Internationalistisches Bündnis Nordberlin
Seiten 6,7,9,10: Revolutionäres Solidaritätsbündnis
Seite 5: <https://commons.wikimedia.org/wiki/Creator:C.Suthorn>

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

G. Waldt, Sonnenallee 37, 12045 Berlin